

Donnerstag, 14. Mai 2009

Wer kein Apfel ist, muß eine Birne sein

Die Diskussion um die Einführung von Internetsperren geht weiter. Nachdem die Online-Petition gegen die Sperrungen in Rekordzeit die benötigten 50.000 Unterschriften erreicht hat (und inzwischen bei fast 80.000 angekommen ist - bis zum 16.6. ist ein Mitzeichnen noch möglich), hört man aus den unterschiedlichsten Lagern die unterschiedlichsten Meinungen. Eine "Versachlichung der Diskussion" forderte unglücklichst Christoph Meinel, Direktor des Hasso-Plattner-Instituts und zog einen nicht ganz sachlich treffenden Vergleich zu den Printmedien: "Interessanterweise hat bei gedruckten Medien die Öffentlichkeit längst akzeptiert, dass Strafbares dort nicht veröffentlicht werden darf und versteht das nicht als Angriff auf die Meinungsfreiheit.". Nichts anderes fordern die Sperrgegner (siehe auch hier), nämlich die Abschaltung der Webseiten, auf denen verbotenes Material liegt. Die Befürworter klingen aber immer öfter so, als wäre man automatisch für die Verbreitung von Kinderpornographie (und anderen abscheulichen Internetinhalten), nur weil man gegen eine nahezu sinnlose und mit großen Nebenwirkungen behaftete Symbolpolitik mit "Stoppchildern" ist. Wer nicht für die Sperren ist, muss dagegen, also ein "Pädokrimineller" sein. Wer kein Apfel ist, muss eine Birne sein.

Ingo Wellenreuther (CDU/CSU) bei der 1. Lesung zum Sperrgesetz im Bundestag:

„Wer gegen eine Handlungspflicht der Internetprovider ist, hat die moralischen Wertmaßstäbe verloren oder weiß nicht, wofür es geht.“

Ich fürchte viel mehr, Herr Wellenreuther hat nicht ganz verstanden wie sinnlos es ist, verbotene Internetinhalte online und unberührt zu lassen und nur für einen kleinen Teil der Weltbevölkerung ein Stoppschild davorzustellen. Ständig wird gebetsmühlenartig der Satz wiederholt, das Internet wäre "kein rechtsfreier Raum". Das ist es auch nicht, das war es auch nie! Man kann sehr wohl die Inhaber der Webseiten ausfindig machen oder doch zumindest die Serverinhaber, die dann die betreffenden Webseiten abschalten. Und das Argument, die Angebote lägen in Ländern, in denen Kinderpornographie legal wäre, ist unhaltbar, wie Florian Walther sowie Mogis (ein Verein von Missbrauchsofopfer, der gegen die Internetsperren kämpft, siehe auch hier) beweisen. Die meisten Webseiten, die auf den ungewollt veröffentlichten Sperrlisten auftauchen, stehen in den USA, Australien, Niederlande und Deutschland. Und da soll eine rechtliche Handhabe nicht möglich sein? Statt dessen wird in den Ländern, die bereits Sperren einsetzen, nichts getan ausser der symbolischen Handlung des Eintrages einer Seite auf der Sperrliste. Dies hat Carechild kürzlich bewiesen, als sie 20 wahllos ausgesuchte Internetseiten der deutschen Sperrliste über die Provider der Internetangebote zu sperren versuchten. Bei 16 ist ihnen das innerhalb von Stunden gelungen, für die vier weiteren wurde glaubhaft versichert, daß sich kein kinderpornographisches Material auf den Servern befand.

Die Tagesschau berichtete am 8. Mai relativ ausführlich über die Online-Petition und über die Kritikpunkte, die seitens der Sperrgegner vorgebracht wurden. Unter anderem zeigte sie ein Interview mit Franziska Heine, welche die Petition eingebracht hat. Danach hatte unser Wirtschaftsminister, Herr Guttenberg, einen Interviewbeitrag, der allerdings - wie so oft in dieser Diskussion - mit keinem Wort auf die Kritikpunkte, die Argumente und die „Angste der Gegner“ einging. Statt dessen zeigte sich Herr Guttenberg nur "betroffen": Es macht mich schon sehr betroffen, wenn pauschal der Eindruck entstehen sollte, dass es Menschen gibt, die sich gegen die Sperrung von kinderpornographischen Inhalten sträuben.

Da fürhle ich mich als Bürger und Wähler schon leicht verschaukelt (um jetzt nicht auch unsachlich Schimpfwörter zu benutzen). Hat er zugehört? Hat er die Kritiker und ihre Argumente verstanden? Oder ist ihm das ganze Thema grundsätzlich völlig egal und er nutzt nur die emotionale Entrüstung, die das Wort Kinderpornographie auslöst, um in der Tagesschau zitiert zu werden? Zumal er keineswegs objektiv ist und nur für "sein" Wirtschaftsministerium hier kämpft. Tatsächlich ist seine Frau, Stephanie Freifrau zu Guttenberg Vorsitzende des Vereins "Innocence in Danger", der gegen Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern insbesondere im und über die neuen Medien kämpft. Häbsch drüber zu lesen auch hier.

Völlig unbeeindruckt von dem Erfolg der Online-Petition zeigte sich, aber das ist man ja schon gewöhnt, auch Frau von der Leyen:

"Eine zivilisierte Gesellschaft, einschließlich der Internetgemeinschaft, die Kinderpornographie ernsthaft ächtet, darf auch im Internet nicht tolerieren, dass jeder diese Bilder und Videos vergewaltigter Kinder ungehindert anklicken kann" Sie gibt sich wie immer viel Mühe, beim Zuhörer möglichst farbige Bilder im Kopf entstehen zu lassen um durchzusetzen, was sie grad haben will. Marius Baumann hat auf www.readers-edition.de diesen Mechanismus kürzlich sehr gut zusammengefasst:

Das Vorgehen der Familienministerin entspricht wie zu Wahlkampfzeiten üblich jenem der Boulevard-Presse: ein

emotional hochgradig besetztes Thema, zudem sich so ziemlich jeder normale Bürger eindeutig positionieren dürfte wird mit unbewiesenen Behauptungen akut zugespitzt, um sodann vereinfachte Lösungen vorzulegen, die weder das benannte Problem grundsätzlich beheben noch irgendeinen Rest Respekt gegenüber der Intelligenz der Empfänger der Botschaft – hier den Wählern – gegenüber erkennen lassen. Im Unterschied zur Boulevardpresse verfechten Politiker jedoch leider über die Mittel, rein populistisch motivierte, sachlich unwirksame Forderungen tatsächlich in die Gesetzgebung zu überführen.

Und unbewiesen sind die Argumente aus dem Familienministerium und der mitkämpfenden Koalitionskollegen tatsächlich, wie man zum Beispiel auf Heise, in der Zeit oder auf netzpolitik.org und odem.org gut nachlesen kann.

Gerne wird seitens der Befürworter immer wieder auf das immer auf das Vorbild der anderen europäischen Länder hingewiesen.

Hartmut Schauerte (CDU), der Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, während der 1. Lesung zum Sperrgesetz (wer sie verpasst hat, bitte hier klicken). In vielen Ländern ist es längst gängige Praxis, dass die Internetzugangsvermittler Sperrmaßnahmen vornehmen. Diese Länder wurden schon oft genannt: Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, Italien, die Schweiz, Neuseeland, Großbritannien, Südkorea, Kanada und Taiwan. Mir ist nicht bekannt, dass es in diesen Ländern Diskussionen darüber gibt. Im Gegenteil: Die Sperrmaßnahmen sind gesellschaftlich akzeptiert." Liest man im BMWI keine Zeitungen? Informiert man sich dort nicht, bevor man unbewiesene Argumente in eine Bundestagsdebatte wirft?

Nicht alles, was hinkt, taugt auch als Vergleich: nur weil es andere Länder mit - angeblich erfolgreichen (siehe weiter unten) - Sperren gibt, bedeutet das nicht, dass Deutschland hier nicht gleich einen draufsetzen muss: in keinem anderen europäischen Land werden die Zugriffe auf die Stoppsseiten mitgeloggt und gegebenenfalls für eine Strafverfolgung benutzt (genau dies ist aber für die deutschen Sperrlisten geplant, wovon auch der zufällige und ungewollte Zugriff auf Sperrseiten betroffen ist). In Norwegen, wo nur ein Teil der Provider die Sperrlisten benutzt, ist es möglich, sich seitens des Providers einen ungefilterten DNS-Server zuteilen zu lassen. In Schweden wurde versucht Pirate Bay auf die Sperrliste zu setzen (ein Torrent-Tracker, also eine Seite, die so etwas wie Links zu einer Tauschbörse auflistet und sich mehr und mehr auch um Anonymisierungsdienste engagiert). Nach vier Jahren Erfahrung mit Internetsperren kam die schwedische Polizei zu dem Fazit: „Unsere Sperrmaßnahmen tragen leider nicht dazu bei, die Produktion von Webpornografie zu vermindern.“ Dänemark sperrt auf seiner Liste Pirate Bay. In den Niederlanden setzt nur ein Provider auf Sperren, die anderen haben es abgelehnt Sperrlisten ohne demokratische Kontrollen einzuführen. Und die Liste der Schweizer Sperrfilter wurde dem deutschen Rechtsanwalt Udo Vetter zum Kauf angeboten. In Großbritannien gibt es seit fünf Jahren Sperren, prominentestes Opfer war hier wohl Wikipedia wegen dem Bild von einem 30 Jahre alten Plattencover der Scorpions. Dieser Fall ist ein schönes Beispiel für die fehlgeschlagene Sperrungen: anstatt das beanstandete Bild zu sperren (was sich tausendfach im Internet findet, sei es auf den Scorpionsseiten selber, auf Amazon oder den vielen Fanseiten), wurde der Wikipedia-Artikel gesperrt; das Bild selbst war weiterhin abrufbar (dank der Berichterstattung wurde es das natürlich auch). In Finnland wurde der Sperrgegner "Matti Nikki" auf die Liste gesetzt. Die Begründung lautete: er würde Links zu kinderpornographischen Seiten verbreiten. Was auch stimmt, Matti Nikki hat die URLs der finnischen Sperrliste untersucht und veröffentlicht. Aber obwohl ihm hier ja ein schweres Verbrechen vorgeworfen wird (was lt. Aussage von Matti Nikki in Finnland kein Verbrechen ist) wurde auch nach über einem Jahr keine Anklage gegen ihn erhoben und auch sein Server, der in Finnland steht, nicht abgeschaltet; gesperrt ist seine Seite aber weiterhin (siehe auch: lapsiporno.inof, telepolis). Die Auswertung der finnischen Sperrliste ergab: 1047 Seiten wurden gesperrt, 9 davon enthielten wirklich kinderpornographisches Material (weniger als 1%). Den Link zu dieser Auswertung habe ich hier bewusst nicht gesetzt, er enthält die kompletten Internetadressen der untersuchten Seiten, also auch die wenigen, die wahrscheinlich wirklich verbotenes Material enthalten.

Es wird also in den anderen Ländern einfach gesperrt, obwohl die Seiten in Ländern liegen, in denen eine Verfolgung möglich wäre. Und es wird keineswegs ausschließlich Kinderpornographie gesperrt. Natürlich gibt es sehr wohl kritische Stimmen, die sich haben wie drüber mit Sperrungen und deren Sinnhaftigkeit auseinandersetzen.

Problematisch wird das Sperren allerdings sicherlich bei der Definition von Kinderpornographie. Ab wieviel Jahren jemand als Kind gilt und welche Darstellungen (Posenbilder, FKK-Fotos) kinderpornografisch sein sollen, unterscheidet sich von Land zu Land. Und so wurde seitens Renate Gradistanac (SPD) in der Lesung zum Internetsperrengesetz auch bereits gefordert, die Sperren auch auf Jugendanscheinspornographie auszudehnen. Was dank des schwammigen Begriffs der Jugendanscheinspornographie dazu führen könnte, dass nahezu alle pornographischen Inhalte aus dem "deutschen Internet" ausgeblendet werden könnten. Die unterschiedlichen Auslegungen der Kinderpornographie könnten aber erklären, warum in einem Land X eine Seite aus einem Land Y (in dem Strafverfolgung grundsätzlich möglich wäre und in dem Kinderpornographie grundsätzlich verboten ist) auf der Sperrliste ist, sie in dem Land Y aber nicht abgeschaltet werden kann. Solchen Problemen sehe ich aber relativ gelassen entgegen, denn die von Frau von der Leyen viel und gern zitierten "zerrissenen Babys und Kleinkinder" sind in

wohl nahezu jedem Land verboten und mÃ¼ssten in jedem Fall entfernt werden kÃ¶nnen.

Und nun noch ein paar Links zum weiterlesen:

WIKI rund um die Internetsperren

<http://www.sueddeutsche.de/panorama/813/465404/text/19/>

<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,623125,00.html>

<http://www.lawblog.de/index.php/archives/2009/03/25/die-legende-von-der-kinderpornoindustrie/>

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/16/0,3672,7558608,00.html>

<http://blogaoke.blogspot.com/2009/05/kritikpunkte-demgeplanten-gesetz.html>

<http://www.spreeblick.com/2009/03/26/einladung-zum-gesprach-kinderpornografie-internetsperren-und-die-rolle-des-staates-in-einer-demokratischen-digitalen-gesellschaft/>

<http://www.pro-medienmagazin.de/nc/themen/internet/internet-single/datum/11/05/2009/mit-zensur-gegen-kinder pornos/>

Geschrieben von Nina in informelle Selbstbestimmung um 11:11

Freitag, 1. Mai 2009

Warum ich gegen die "Kinderpornofilter" bin

Weil hier mit dem Killerargument Kinderpornographie, was jegliche Diskussionen nahezu im Keim erstickt, eine Technik etabliert wird, die sehr einfach auch auf Bereiche ausserhalb von Kinderpornographie erweitert werden kann. Wenn es erstmal funktioniert und sich alle dran gewöhnt haben, muss man nur auf den nächsten Amoklauf oder Kofferbombenattentat warten und *schwups* haben wir die nächsten Kandidaten auf der Liste. Das Internet ist ja schließlich das "Terrorcamp für Terroristen" (O-Ton Schäuble). Der Düsseldorf-Regierungspräsident Jörgen Bässow forderte schon vor Wochen eine Erweiterung der Filter auf illegale Glücksspielseiten (das sind die Seiten, die den Lotterie-Staatsvertrag unterlaufen und somit Steuereinnahmen gefährden). In Norwegen wurde die ursprünglich nur gegen Kipo eingeführte Liste irgendwann gegen politische Gegner genutzt. In Australien testet man gerade Filtertechnik, die neben Kinderpornographie gleich noch Webseiten mit Darstellungen sexueller Gewalt, Anleitungen zu Verbrechen, Gewalttaten und Drogengebrauch sowie der Aufruf zu Terrorismus sperren sollen.

Wobei für mich mit am gefährlichsten noch immer die Art ist, wie diese Sperrliste erstellt werden soll. Ohne eine irgendeartige Kontrolle durch Richter, Politiker, Kontrollkommissionen oder irgendwen kann das BKA zukünftig genau bestimmen, welche Seiten für uns noch genehm sind. Und niemand darf das hinterfragen! Dabei ist doch die Gewaltenteilung ein Grundpfeiler der Demokratie!

Zitat aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen

Artikel 1 - Änderung des Telemediengesetzes:

Das Bundeskriminalamt ist verpflichtet, Unterlagen vorzuhalten, mit denen der Nachweis geführt werden kann, dass die in der Sperrliste aufgeführten Einträge zum Zeitpunkt ihrer Bewertung durch das Bundeskriminalamt die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllten. Es erteilt Diensteanbietern im Sinne dieses Gesetzes, die ein berechtigtes Interesse darlegen, auf Anfrage Auskunft darüber, ob und in welchem Zeitraum ein Telemedienangebot in der Sperrliste enthalten ist oder war.

Ob und in welchem Zeitraum? Nicht mal 'warum'? Und nur Diensteanbietern mit berechtigtem Interesse? Somit nicht dem surfenden, der plötzlich nicht mehr auf seinen Lieblingsblog kommt und vielleicht nicht mal mehr dem Inhaber des Blogs? Diensteanbieter in diesem Gesetzentwurf waren immer die Provider.

Und das BKA prüft genau einmal? Und dann nie wieder? Was ist mit solchen Fällen wie die durch Hacker verunstaltete Seiten ganz normaler Menschen oder Firmen? (in Skandinavien passiert - hier war ein Zahnarzt noch Monate nach einem solchen, lärmigst besetzten, Angriff auf der Sperrliste).

Und als Kränkung behält sich das BKA vor, gegen Leute, die auf der Sperrseite gelandet sind, Ermittlungen aufzunehmen? Die dann beweisen sollen, dass sie nur zufällig da gelandet sind? Und das in Zeiten, in denen 3/4 des Mailverkehrs SPAM sind, der nur deshalb existieren kann, weil noch immer viel zu viele dumme Menschen auf Spammails klicken? Und jede Menge Menschen auf jeden Link klicken, den irgendwer in irgendwelchen Communities verbreitet? Noch fiesser wirds doch, wenn irgendwelche grosse Seiten (ebay, youtube, ...) oder Mails Bilder von gesperrten Seiten enthalten. Das müssen ja nicht mal KiPo-Bilder sein, da reichen 1*1 Pixel grosse Blindgifs. *schwups* Ist man auf der Liste! Dank der kürzlich verschärften Gesetzgebung und der Einführung der "Jugendanscheinspornographie" könnte einem das auch passieren, wenn man auf normalen Pornoseiten unterwegs ist. Es reicht jetzt aus, wenn dem Anschein nach die Akteure unter 18 Jahren sind, um sie Kinderpornographie zu klassifizieren (was vielleicht auch erklärt, warum die Statistiken einen grossen Wachstum in diesem Bereich anzeigen).

Aber wir haben ja nichts zu verbergen! Im Falle einer Hausdurchsuchung, die einem natürlich auch drohen kann, wenn man zukünftig Seiten wie Wikileaks ansurft (also Seiten, die sich aktiv mit der Presse- und Meinungsfreiheit und damit auch den Filtern und dem Gefilterten beschäftigen, nicht mit der Verbreitung von Abscheulichkeiten), hoffe ich, dass der Betroffene seinen Spam immer gleich löscht - sonst ist die Wahrscheinlichkeit, dass da doch das eine oder andere Bildchen mit eventuell kinderpronomographischem Inhalt völlig ohne das Wissen des Rechneinhabers vor sich hinschlummert, durchaus vorhanden. Aber selbst wenn nichts gefunden wird, den Rechner ist man in so einem Fall mindestens Monate, wenn nicht für immer los. Den guten Ruf auch! Partner, Familie, Nachbarn, Arbeitgeber (so er es

erfÄhrt) werden sich sicher ihre eigenen Gedanken zu den Unschuldsbekenntnissen des Durchsuchten machen.

Und das alles fÄ¼r ein Wahlkampfthema? Die Filter sind sinnlos gegen die, die sie umgehen wollen. Das kann jeder Depp, der in der Lage ist, durchs Netz zu surfen! Und das ist sogar Frau von der Leyen klar. Zitat aus einem Interview bei Radioeins:

"âœWir wissen, dass bei den vielen Kunden, die es gibt, rund 80 Prozent die ganz normalen User des Internets sind. Und jeder, der jetzt zuhÄ¼rt, kann eigentlich sich selber fragen, wen kenne ich, der Sperren im Internet aktiv umgehen kann. Die mÄ¼ssen schon deutlich versierter sein. Das sind die 20 Prozent. Die sind zum Teil schwer PÄ¼dokriminelle. Die bewegen sich in ganz anderen Foren. Die sind versierte Internetnutzer, natÄ¼rlich auch geschult im Laufe der Jahre in diesem widerwÄ¼rtigen GeschÄ¼ftâ€•

Ihr ist also (hoffentlich, bei dem wirren Satzbau fÄ¼llt es mir schon schwer, den Inhalt der Worte zu deuten) klar, daÄ¼ die Filter nicht die erreichen, die solche Dinge sehen wollen. Ihr ist nur nicht klar, daÄ¼ man kein technisch versierter "Internetnutzer" sein muss, es sind 3-5 Klicks im Betriebssystem oder im Internetrouter um den DNS-Server zu Ä¼ndern.

Der geplante Filter auf DNS-Ebene ist technisch ungefÄ¼hr so sinnlos, als wolle man bestimmte Telefonnummern nicht mehr anrufbar machen, indem man die deutschen Telefonbuchanbieter zwingt, die Nummern nicht mehr abzudrucken. In anderen TelefonbÄ¼chern stehen die Nummern aber weiterhin drin, sie bleiben natÄ¼rlich auch anrufbar! Anstatt also den TelefonanschlÄ¼ zu sperren (analog die Internetseite), den AnschluÄ¼inhaber ausfindig zu machen und sofern mÄ¼glich rechtlich zu belangen, soll nur fÄ¼r denjenigen, der es gar nicht sehen will, der Anschein erweckt werden, es gÄ¼be die Nummer, also die Internetseite, gar nicht. Und damit dann gleich noch der Anschein erweckt werden, als gÄ¼be es solche Seiten, als gÄ¼be es solchen MiÄ¼brauch nicht. Dabei muss man doch dagegen vorgehen, nicht Scheuklappen gegen den Anblick verteilen!

Der Filter ist ausserdem sinnlos, weil er nur normale Webseiten filtert. Der Austausch des Materials aber zu einem groÄ¼en Teil auf anderem Wege passiert (Mail, TauschbÄ¼rsen, FTP, verschlÄ¼sselt, per Post, im Usenet,...). Und (gesperrte) Webseiten bzw. Domains schneller zu wechseln sind als UnterwÄ¼sche!

Die ganzen Zahlen, die uns hier um die Ohren gehauen werden (400.000 Klicks tÄ¼glich wollen sie verhindern, ein milliardenschweres GeschÄ¼ft behindern) sind Luftnummern. Niemand weiÄ¼ solche Zahlen! Ausser vielleicht die, die sowas wirklich verkaufen. Wie soll ich jemanden ernst nehmen, der mit "Fakten" um sich wirft, deren Grundlage objektiv einfach nicht vorhanden sein kann?

Apropos ernst nehmen. StÄ¼ndig redet z.B. Frau von der Leyen bei ihren Argumentationen davon, daÄ¼ der Anteil der Kinderpornographie im Netz immer mehr wird, immer mehr Geld damit verdient wird. Dem widerspricht die aktuelle Studie der Internet Watch Foundation (zustÄ¼ndig fÄ¼r die Filterliste in Grossbritannien). Nach dieser Studie hat sich im letzten Jahr hat die Anzahl der Websites mit kinderpornografischen Inhalten um 10 Prozent abgenommen. Auch der Anteil gewalttÄ¼tiger und kommerzieller Kinderpornografie ging leicht zurÄ¼ck. Einzig in der deutschen Kriminalstatistik sind die FÄ¼lle gestiegen. Das liegt aber sicher an solch medial ausgeschlachteten FehlschlÄ¼gen wie der "Operation Himmel", bei der 12.000 Nutzer verdÄ¼chtigt wurde, aber kaum ein Fall zur Anklage kam. Siehe:
<http://www.lawblog.de/index.php/archives/2008/11/20/aktion-himmel-keine-verurteilungen-aber-ein-erfolg/>
<http://www.heise.de/newsticker/Operation-Himmel-Koelner-Staatsanwalt-hat-alle-Verfahren-wegen-Kinder pornos-einges-tellt--/meldung/102358>

Zumal das getauschte Material schon da ist! Der Missbrauch ist schon passiert! Angeblich stammt das meiste Material sowieso aus privater Hand - ist also unentgeltlich entstanden und wird von profitgierigen Verbreitern nur gesammelt und dann verkauft. Auch soll der Anteil an neuem Material gar nicht so groÄ¼ sein, die meisten sammeln nur das vorhandene, oftmals sehr alte, und versuchen damit Geld zu verdienen. Filter zumindest verhindern rein gar nichts! AuÄ¼er, daÄ¼ der zufÄ¼llige Surfer (alle anderen setzten die Filter-Scheuklappe einfach nich auf) nicht mehr auf solchen Webseiten landen kann. Und zur KrÄ¼fung auch noch stÄ¼ndig davon geredet wird, daÄ¼ solche Neigungen ansteckend sind, man "angefixt" wird, wenn man mal aus Versehen auf einer solchen Seite landet. Glaubt das eigentlich wirklich irgendwer, der mal kurz drÄ¼ber nachdenkt? Dann mÄ¼ge der oder diejenige sich die vielen Studien zu dem Thema anschauen! Das ist ... sorry... mediengerechtes Geseier!

Und bitte, wenn das ganze Thema so brisant ist, daÄ¼ man da fÄ¼r demokratische Grundregeln und das Grundgesetz in Teilen ausser Kraft setzt (Zitat des Gesetzentwurfes: Das Grundrecht des Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird durch die AbsÄ¼tze 2, 4 und 5 eingeschrÄ¼nkt.), warum sollen dann nicht alle InternetzugÄ¼nge

filtern? Warum nur die grossen Provider? Warum nicht Unis, Bibliotheken, Behörden? Warum? Weil letzteres Geld kostet! Genau so wie alle präventiven Handlungen gegen den Missbrauch von Kindern und gegen die Auswirkungen des Missbrauchs auf die Kinder! Genau wie Ermittlungen gegen die, die sowas vertreiben oder gar erstellen. Und dieser Ansatz ist der einzige, der GEGEN den Missbrauch und gegen das Geldverdienen hilft. Aber Geld haben wir ja nicht. Also... nicht für bzw. gegen sowas! Ausserdem stehen ja Wahlen vor der Tür. Und mit diesem Thema lässt sich prima Wahlkampf machen. Jeder nickt, weil jeder (der nicht Konsument ist) selbstverständlich gegen den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, ganz besonders gegen den sexuellen Missbrauch ist.

Weitere Links zum Thema:

<http://www.heise.de/ct/Die-Argumente-fuer-Kinderporno-Sperren-laufen-ins-Leere--/artikel/135867>

<http://www.rettet-das-internet.de/kinderporno.htm>

<http://blogs.hr-online.de/nightline/2009/04/27/warum-es-um-zensur-geht/>

Geschrieben von Nina in informelle Selbstbestimmung um 18:44